

DROEMER 

Franz Solms-Laubach

Das Ende der Sicherheit

**Warum die Polizei uns nicht mehr
schützen kann**

DROEMER 

Besuchen Sie uns im Internet:
www.droemer.de



© 2014 Droemer Verlag
Ein Unternehmen der Droemerschens Verlagsanstalt
Th. Knaur Nachf. GmbH & Co. KG, München
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk darf – auch teilweise – nur mit
Genehmigung des Verlags wiedergegeben werden.
Umschlaggestaltung: ZERO Werbeagentur. München
Satz: Adobe InDesign im Verlag
Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck
ISBN 978-3-426-27623-5

5 4 3 2 1

Inhalt

Vorwort des Autors	9
Vorwort von Rainer Wendt	13

Kapitel 1

Wo stehen wir gerade?

15

Wie es oft seinen Anfang nimmt: Bagatelldelikte	22
Vom Fahrrad bis zum Auto, es kann jeden treffen: Diebstahl	26
Wenn man sich daheim nicht mehr sicher fühlt: Einbrüche	29
Mit einem Schlag ist nichts mehr, wie es war: Überfälle	44
Das unterschätzte Problem: Gewalt gegen alte Menschen	46
Vom kleinen Fisch zum großen Hai: organisiertes Verbrechen.	54
Das Verbrechen der Zukunft schon heute: Internetkriminalität	57
Die Fehler von gestern: Rechtsextremismus.	66
Eine Herausforderung für den deutschen Rechtsstaat: internationale Konflikte	72
Das Verbrechen geht neue Wege: Waffenkriminalität	78
»Eine Anzeige bringt doch eh nichts!«: die Dunkelziffer des Verbrechens	87

Die Kriminalität wird zunehmen: ein Zwischenfazit	92
--	----

Kapitel 2

Die Polizeiarbeit aus der Innensicht

93

Welchen Aufbau und welche Struktur hat die deutsche Polizei?	97
Wie steht es um unsere Hauptstadt?	103
Vom Gesundsparen zum Kaputtsparen	106
Die Polizei wird immer älter	115
Sollte man Sicherheit privatisieren?.....	116
Wie überlastet wir wirklich sind	119
Eine neue Gesellschaftskrankheit trifft die Polizei: Burn-out.	126
Wie stark die Gewalt gegen Polizisten zunimmt	130
Die Polizei als Zielscheibe von rechtsextremem Gewalt	146
Welcher Aufwand verbirgt sich hinter der Polizeiausbildung am Hindukusch?	149
Die Kritik an der Polizei wächst	155

Kapitel 3

Woher kommt die Gewalt?

163

Das Verbrechen wird immer jünger	175
Der Deutschen liebster Sport und die Gewalt	180
Welche Probleme die europäische Integration mit sich bringt	187

Die Folgen der legalen Einwanderung	192
Wieso Armutseinwanderung uns alle betrifft.	197
Wie wir gewaltbereitem Islamismus begegnen müssen.	206

Kapitel 4

Was sich ändern muss

213

Wir wollen uns sicher fühlen	215
Videoüberwachung als große Chance für die Verbrechensaufklärung.	216
Datenspeicherung kann Leben retten	221
Wir brauchen mehr Zusammenarbeit	228
Vorsprung durch Technik.	232
Plädoyer für eine bessere Ausstattung der Einsatzkräfte	237
Wehret den Anfängen	239
Die Polizei braucht ein besseres Selbstbild.	241

Schlusswort

In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

245

Danksagung	249
Literaturverzeichnis	251

Vorwort des Autors zum Thema des Buches »Das Ende der Sicherheit«

Deutschland spielt mit seiner Sicherheit. Grund dafür sind die Kriminalitätsentwicklung und die zunehmende Verrohung der Gesellschaft. Die Gewalttaten im öffentlichen Raum nehmen zu – das belegen sowohl die Statistik als auch die wachsenden Ängste der Bevölkerung vor Straftaten. Allein in Berlin kam es 2013 in Bahnen, Bussen und auf den Bahnhöfen zu fast 3000 Gewalttaten, das sind 3000 Fälle von Körperverletzung, von Raub, von Nötigung und von Sexualstraftaten.

Die Deutschen fürchten sich wegen solcher Zahlen zunehmend davor, selbst zum Opfer einer Straftat zu werden.

Dass ihnen jemand im Fall eines Verbrechens hilft, glauben die Deutschen aber nicht. Und sie haben Grund dazu: Am Alexanderplatz in Berlin wird ein junger Mann zu Tode getreten, der seine Täter durch nichts provoziert hatte. Dieses Verbrechen an einem so zentralen Platz der Bundeshauptstadt schockiert die Bevölkerung bis heute. Auch die Gewalt gegen ältere Menschen nimmt zu, die Aufklärungsquote ist, je nach Statistik und Delikt, hoch bis erschütternd niedrig.

Trotzdem zieht sich die Polizei aus einzelnen Stadtteilen, ja ganzen Regionen zurück, weil die Zahl der Beamten ständig weiter abnimmt – dafür kann die Polizei nichts. Sie kann nur mit dem arbeiten, was sie hat, und das wird immer weniger. Gleichzeitig nehmen ihre Aufgaben zu. Dass die Gewalt in Deutschland auf lange Sicht immer schlim-

mer wird, bekommt niemand so sehr zu spüren wie die Polizei selbst. Sie muss sich täglich mit Gewalttätern auseinandersetzen: In Fußballstadien, auf Großdemonstrationen oder bei Fällen von häuslicher Gewalt in Familien – fast immer sind im Notfall zuerst die Polizeibeamten vor Ort. Ihre Aufgaben werden immer schwieriger, und sie fühlen sich von Politik und Gesellschaft zunehmend im Stich gelassen. Sie wollen und verdienen mehr Anerkennung.

Die Polizei wird kaputt gespart. Im Osten Deutschlands sollen in den nächsten Jahren bis zu 10 000 Polizeistellen wegfallen. Der Sicherheit ist damit nicht gedient.

Denn laut dem Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft Rainer Wendt verabschiedet sich die Polizei vor Ort langsam, aber sicher von der Bevölkerung und überlässt die Sicherheit in der Fläche und auf dem Land anderen – es drohen damit beinahe »polizeifreie Zonen«.

An der jährlichen Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) sind streng genommen nicht die Zahlen das Erstaunliche. Dabei geben sich Politiker jedes Mal wieder aufs Neue überrascht vom Anstieg dieser oder jener Verbrechensrate. Das Erstaunliche ist in Wahrheit, dass nicht noch mehr Verbrechen passieren! Denn wer die Zahlen richtig liest, erkennt, dass die in der Statistik enthaltenden Trends eigentlich geradezu eine Einladung zum Verbrechen sind ...

Nirgendwo zeigt sich das so deutlich wie bei den Wohnungseinbrüchen. Rein rechnerisch dringen Diebe in Deutschland alle dreieinhalb Minuten in ein Haus oder in eine Wohnung ein. Sie müssen sich keine allzu großen Sorgen machen, dabei erwischt oder dafür bestraft zu werden. Nur jeder sechste Täter wird tatsächlich gefasst!

Mit diesem Zustand kann in Wahrheit niemand in unserem Land zufrieden sein:

- Die Polizei nicht, der es an Personal und der richtigen Ausstattung mangelt, um das Phänomen wirksam zu bekämpfen.
- Die Politik nicht, die Aufklärung fordert, gleichzeitig aber lieber die Polizei kaputtspart, als sie zu unterstützen.
- Und am allerwenigsten die Bürger, die sich auf eigene Rechnung aufwendige Sicherheitssysteme, wie etwa schwere Metallriegel an Türen, teure Alarmanlagen und spezielle Fensterrahmen, anschaffen müssen, um so ihr Eigentum einigermaßen zu schützen.

Wie lässt sich der Anstieg der Kriminalität erklären, und wieso ist die Polizei dagegen offenbar so machtlos? Beides hängt miteinander zusammen. Nur wer die Fakten kennt, ist auch in der Lage, die vorhandenen Lösungsvorschläge einzuordnen. Dieses Buch will einen Beitrag zu der längst nicht intensiv genug geführten Diskussion leisten.

**Vorwort von Rainer Wendt,
Bundesvorsitzender der
Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)
zum Titel des Buches
»Das Ende der Sicherheit«**

Die Polizei blutet immer mehr aus. Ausgerechnet in Ostdeutschland sind Tausende Stellen vom Rotstift bedroht, ihre Streichung ist längst beschlossene Sache. Mit dem Bevölkerungsschwund soll offenbar auch der öffentliche Dienst aus der Fläche verschwinden. Die Folgen sind fatal: Weil der Staat seinem Schutzauftrag gegenüber der Bevölkerung nicht mehr nachkommt, schlägt der Polizei im täglichen Dienst oft Staatsverachtung entgegen, die sich nicht selten in brutalen Angriffen auf die Einsatzkräfte entlädt. Und wo Menschen sich vom Staat in dieser Weise allein gelassen fühlen, wird offen darüber diskutiert, wie man sich selbst helfen kann.

Wenn die Menschen dem Staat nicht mehr vertrauen, ja, ihn sogar verachten und den Schutz ihres Eigentums und ihrer persönlichen Integrität selbst in die Hand nehmen, gelten bald nicht mehr Recht und Gesetz, nicht mehr das Primat der Politik, sondern das Gesetz des Stärkeren, besser Bewaffneten oder Reicheren, der sich käuflichen Schutz leisten kann. Das ist dann das Ende der Sicherheit. Und im Ergebnis auch das Ende von Rechtsstaatlichkeit und Freiheit.

Kapitel 1

Wo stehen wir gerade?

Das Letzte, was Jonny K. von seinem Vater hörte, waren die Worte: »Junge, pass auf dich auf.« Wenige Stunden später lag Jonny K. auf dem harten Asphalt in Nähe des Berliner Alexanderplatzes. Es war Nacht. Mehrere Jugendliche traten auf ihn ein. Sein Kopf blutete. Sie hörten nicht auf. Auch nicht, als Jonny sich längst nicht mehr rührte. Sie stießen in seine Rippen, trafen ihn von der Seite, von hinten und von vorne. Widerstand leistete Jonny da schon längst nicht mehr. Wenn er Glück hatte, war er zu diesem Zeitpunkt schon bewusstlos. Seine Angreifer interessierte das nicht. Sie waren nicht zu bremsen.

Das Schicksal des jungen Berliners hat nicht nur die Menschen in der Hauptstadt tief berührt. Besucher und Touristen waren verunsichert. Viele wollten wissen, ob es denn am Alexanderplatz noch sicher sei. Denn Jonny K. hatte seine Angreifer nicht gekannt. Sein Verhängnis war, dass er einem Freund helfen wollte.

Nach einer Geburtstagsfeier in einem Club war Jonny K., dessen Mutter aus Thailand stammt, noch mit Freunden unterwegs. Die Gruppe suchte ein Taxi. Einer von ihnen war zu betrunken, um noch stehen zu können. Sie setzten ihn auf einen Stuhl. Da kam eine Gruppe junger Männer auf sie zu. Sie pöbelten den Betrunkenen an und zogen den Stuhl weg. Jonny K. eilte ihm zur Hilfe. Da geriet er selbst in das Visier der Angreifer. Am darauffolgenden Tag starb Jonny K. im Krankenhaus, ohne noch einmal aufzuwachen. Zu schlimm waren die Verletzungen.

Kann man Jonny K. vorwerfen, dass er betrunken war? Nein. Hätte er nachts zu Hause bleiben sollen? Nein. Musste er in Nähe des Alexanderplatzes mit einem solchen Vorfall rechnen? Nein.

»Das Schicksal meines Bruders hat mich aus dem Leben geworfen«, sagt Tina K., seine Schwester heute. »Im Krankenhaus lag mein Bruder auf der Intensivstation, ein Polizist erklärte mir, was vorgefallen war. Es fühlte sich so falsch an. Ich kannte alle seine Freunde. Wir lebten in einem behüteten Umfeld. Mir war klar: Wenn so etwas meinem Bruder mitten in Berlin auf dem Alexanderplatz passieren kann, dann kann es jeden treffen.«

Es wäre zu leicht, den Fall Jonny K. einfach nur damit abzutun, dass er zur falschen Zeit am falschen Ort war. Denn von diesen »falschen Orten« gibt es immer mehr in Deutschland. Sie entstehen auf öffentlichen Plätzen, in Bussen und sogar im eigenen Zuhause.

Für die Polizei ist das eine Herausforderung, der sie bald nicht mehr gewachsen ist. Zu schaffen macht den Beamten dabei nicht unbedingt die Kriminalitätsstatistik. Viel schwerwiegender wirkt sich das diffuse Angstgefühl aus, das sich innerhalb der Gesellschaft breitmacht. Als Beleg für dieses Gefühl sei hier auf eine Umfrage des Marktforschungsunternehmens Ipsos verwiesen, das die Deutschen nach ihren größten Sorgen befragt hat. Dabei steht die Angst vor »Verbrechen und Gewalt« mit 26 Prozent bei den Befragten an vierter Stelle. Einhergehend mit dieser Angst fürchten sich die Deutschen auch vor einem »moralischen Verfall«, also einer Verrohung der Gesellschaft (Platz acht mit 18 Prozent). (Quelle: Umfrage Ipsos – Dezember 2010).

Gegen dieses Gefühl der Angst ist die Polizei unter den derzeitigen Rahmenbedingungen so gut wie machtlos. Das

weiß auch die Bevölkerung. Denn zwei Drittel (67 Prozent) der Deutschen, sagen, dass es »zu wenig Polizei in Deutschland gibt«. Nur 28 Prozent halten die Zahl der Polizisten für »gerade richtig«, und zwei Prozent glauben, es gebe »zu viel Polizei« (Quelle: Umfrage Forsa im Auftrag des Deutschen Beamtenbundes dbb – Juli 2009).

In diesem Zusammenhang wird häufig den Medien eine Mitschuld gegeben. Sie würden die Situation noch zusätzlich anstacheln. Mit detaillierten Berichten von Tathergängen und reißerischen Überschriften würden sie Angst in der Bevölkerung schüren, so der Vorwurf. Dabei ist nach Meinung vieler Polizeibeamter genau das Gegenteil richtig. Ihnen ist eine schonungslose Aufklärung der Bevölkerung wichtiger als eine – sei es auch eine noch so gut gemeinte – Verharmlosung der Umstände. Denn nur dann werden die Polizisten von Politikern auch ernst genommen.

Derzeit ist oft genug das Gegenteil der Fall. Zumindest macht sich der Eindruck unter den Polizisten breit. Wie sonst auch sollten sie sich erklären, dass Stellen in Polizeistationen gestrichen und an ihrer Dienstausrüstung gespart wird. Ganz so, als habe Deutschland nicht mit einer steigenden Zahl von Wohnungseinbrüchen und zunehmender Gewalt auf den Straßen zu tun. Immerhin gab es laut Bundeskriminalamt (BKA) allein im Jahr 2013 184 847 Fälle von »Gewaltkriminalität« in Deutschland. Unter diese Kategorie fällt auch der Fall von Jonny K.

Das Ende der Sicherheit ist erreicht, wenn die Polizei uns nicht mehr schützen kann. Von dieser These geht dieses Buch aus. Ist Sicherheit also ein Grundrecht? Darf, ja muss jeder Bürger erwarten können, dass der Staat ihn beschützt – komme, was da wolle? Die kurze Antwort darauf lautet: »Ja.«

In seinem Artikel zu der Frage »Supergrundrecht Da-

tenschutz« (17. Juli 2013) diskutiert FAZ-Autor Reinhard Müller, wie die richtige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu erreichen sei. Dabei wirft er interessante Fragen auf. »Jede Person hat das Recht auf Freiheit und Sicherheit«, heißt es in Artikel 5 der »Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten«. Im deutschen Grundgesetz findet sich der explizite Anspruch auf Sicherheit als Grundrecht allerdings nicht.

Trotzdem legten die verschiedenen Bundesinnenminister Deutschlands in der Vergangenheit immer wieder Wert auf die Feststellung, dass sie mit der Macht ihres Amtes im Besonderen für den Schutz und die Sicherheit der Bundesbürger verantwortlich sind.

Eine heftige Debatte über dieses Thema hatte im Sommer 2013 der damalige Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich von der CSU entfacht. Auf dem Höhepunkt der Spähaffäre um den amerikanischen Geheimdienst NSA (»National Security Agency«) sagte der Minister öffentlich: »Sicherheit ist ein Supergrundrecht«, im Vergleich mit anderen Rechten sei sie deshalb deutlich herauszuheben. Der Satz fiel nach einer Sondersitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) des Bundestags im Juli 2013.

Friedrich war gerade von einer Reise nach Washington, D. C., zurückgekehrt. Dort hatte er als zuständiger Vertreter der Bundesregierung um Aufklärung über die Spionage-Aktivitäten der NSA in Deutschland gebeten, dabei aber auf Granit gebissen. Die Amerikaner blieben jede Erklärung schuldig. Kurz darauf musste Bundesinnenminister Friedrich den Mitgliedern des PKGr, die die Aufgabe haben, die deutschen Geheimdienste im stillen Kämmerlein zu befragen und so zu kontrollieren, zur NSA-Affäre zweieinhalb Stunden Rede und Antwort stehen – und konnte doch nicht viel berichten.

Nach der Sitzung des geheim tagenden Gremiums fiel dann der Satz, der viel über das Amtsverständnis von Innenminister Hans-Peter Friedrich verrät: »Sicherheit ist ein Supergrundrecht.« Nach viel öffentlicher Kritik schränkte Friedrich seine Formulierung später zwar noch einmal ein – denn natürlich dürfe für ein *Mehr* an Sicherheit die Freiheit nicht aufgegeben werden – doch der Satz war nun mal raus und steht seitdem für sich.

»Sicherheit ist ein Supergrundrecht.«

Gut ein halbes Jahr später – Friedrich war bereits nicht mehr im Amt – kam der neue (und alte) Bundesinnenminister Thomas de Maizière zum Antrittsbesuch beim Bundespolizeipräsidium in Potsdam vorbei und nahm Friedrichs »Supergrundrecht«-These wieder auf. An den Präsidenten des Bundespolizeipräsidiums, Dieter Romann, an Führungskräfte und an Mitarbeiter der Bundespolizei gerichtet, sagte de Maizière im Januar 2014: »Es gehört zu den Kernanliegen des demokratischen Staates, die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger bestmöglich zu schützen.«

Aus dem »Supergrundrecht« auf Sicherheit war inzwischen zwar ein etwas geschrumpftes »Kernanliegen des demokratischen Staates« geworden, aber die politische Botschaft der Aussage war gleich: Die Sicherheit der Deutschen gilt es bestmöglich zu schützen.

An dieser Aussage wird sich Innenminister de Maizière messen lassen müssen. Er hat es in der Hand, zu verhindern, dass die Polizei uns nicht mehr schützen kann, dass die Verbrechensrate weiter steigt und dass die Polizeibeamten von Bund und Ländern vor lauter Frust über die mangelnde Rückendeckung aus der Politik die Schnauze voll haben von ihrem Job.

Wie es tatsächlich um die Sicherheit in Deutschland be-

stellt ist, geht aus der Verbrechenstatistik allein ohnehin nicht hervor. Bestimmte Verbrechen haben größeren Einfluss auf das individuelle Sicherheitsgefühl der Bürger als andere. Sobald körperliche Gewalt angewandt wird, können Bürger einen Diebstahl oder Wohnungseinbruch weniger leicht vergessen, als wenn sie keinen direkten Kontakt mit dem Täter hatten. Auch die Aufklärungsquote der Verbrechen spielt eine Rolle. Besteht selbst bei Bagatelldelikten so gut wie keine Chance, dass der Täter gefasst wird, sinkt das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei. Manche Fälle werden gar nicht mehr zur Anzeige gebracht, da sich die Opfer keine Hoffnungen machen.

Doch während die Gewalt im öffentlichen Raum zunimmt, sinkt das Sicherheitsgefühl der Bürger. Das zeigt die Kriminalstatistik, und das zeigen auch die Rückmeldungen aus den Städten und Gemeinden in Deutschland. »Angriffe auf Polizisten, Überfälle auf Passanten und der steigende Vandalismus gehören inzwischen leider schon zur Tagesordnung und verunsichern die Bürger«, sagt der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow. »Sie fühlen sich nicht mehr sicher und büßen dadurch ganz allmählich einen Teil ihrer Lebensqualität ein. Dabei ist es völlig egal, ob das subjektive Sicherheitsgefühl auch der Sicherheitslage entspricht, wie sie die jährliche Polizeiliche Kriminalstatistik in Zahlen festhält.« So mute es zunächst ja zum Beispiel positiv an, dass die Zahl der unter dem Begriff »Straßenkriminalität« registrierten Taten in zehn Jahren auf den ersten Blick deutlich zurückgegangen ist. Und zwar von 1,75 Millionen Fällen im Jahr 2003 auf 1,36 Millionen Fälle im Jahr 2012. Das sind aber immer noch 3700 Delikte am Tag und für Malchow daher »mit Sicherheit kein Grund zum Jubeln«. Denn hierbei geht es um Delikte wie Handtaschenraub,

Taschendiebstahl, Sachbeschädigung und den Diebstahl in und aus Kraftfahrzeugen.

Nur jede sechste dieser Straftaten wurde auch in 2013 (1,31 Millionen Fälle) von der Polizei aufgeklärt. »Das macht den Bürgern einfach Angst«, sagt Malchow. Zudem zeigt ein Blick in die Kriminalstatistik auch, dass die Brutalität im öffentlichen Raum deutlich zunimmt. So stieg die Zahl der gefährlichen und schweren Körperverletzungsdelikte auf Straßen, Wegen oder Plätzen in zehn Jahren um rund 24 Prozent – von 51 600 in 2003 auf insgesamt 64 000 Fälle in 2012. Das sind 175 Straftaten pro Tag. Zugleich nahm die Zahl der Tatverdächtigen um mehr als 19 Prozent zu. Von den rund 72 800 Tatverdächtigen waren fast 31 300 unter 21 Jahre alt und ein großer Prozentanteil von Straftätern jugendlich. Das verunsichert die Menschen. Sie fürchten, Opfer einer Straftat zu werden. Malchow ist sich dieser Tatsache sicher: »Diese Kriminalitätsfurcht wirkt sich teilweise gravierend auf die Freiheit der Menschen aus«, sagt der GdP-Chef. »Sie meiden bestimmte Viertel in Städten und Gemeinden und trauen sich zu bestimmten Zeiten gar nicht erst auf die Straße.«

Im Folgenden werden gezielt Fälle aus der Polizeilichen Kriminalstatistik gezeigt, die sich besonders stark auf das Sicherheitsempfinden der Bürger auswirken und die das alltägliche Lebensumfeld der Menschen betreffen. Die Auswahl hätte noch viel mehr Bereiche umfassen können. Doch geht es bei der Bestandsaufnahme für dieses Buch nicht um eine detailgetreue Wiedergabe aller Aspekte der Kriminalstatistik, sondern um die Erklärung, wieso die Sicherheit der Bevölkerung nicht mehr flächendeckend und in dem gewünschten Ausmaß gewährleistet werden kann. Daher wurden bewusst Beispiele herangezogen, die fast jeder selbst erlebt hat oder aber aus Erzählungen kennt.